



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

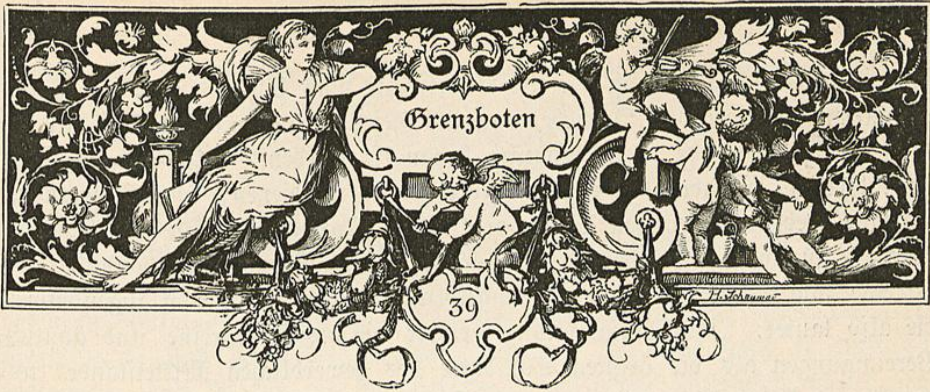
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Ratlosigkeit der Sozialdemokratie

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Ratlosigkeit der Sozialdemokratie



Wenn sich nur die rechten Männer fänden, so ließe sich jetzt wohl etwas machen. Die deutschen Sozialdemokraten sind offenbar mit ihrem Latein zu Ende. Im ersten Abschnitt ihres Daseins lag der sozialdemokratischen Partei die Aufgabe ob, den sozialistischen Gedanken im Arbeiterstande zu verbreiten und diesen Stand zu organisiren. Den sozialistischen Gedanken an sich hat die Wissenschaft längst als berechtigt anerkannt, ist er doch die unentbehrliche Ergänzung des individualistischen Kapitalismus. In seiner „Quintessenz des Sozialismus“ hat Schäffle schon vor siebzehn Jahren nachgewiesen, „daß die sozialistische Hauptidee öffentlicher Grundorganisation der Güterhervorbringung und des Güterumsatzes auch eine nicht radikale, nicht demokratische, nicht die ganze Volkswirtschaft verschlingende Ausgestaltung zuläßt. Dieser Sozialismus“ — sagt er im Vorwort zu der eben erschienenen dreizehnten Auflage des genannten Schriftchens — „ist längst da und breitet sich zusehends aus. Je mehr die private kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft sich vom Standpunkte der Gesellschaft aus als leistungsunfähig erweist, je mehr sie auf der Spitze ihrer Entwicklung in Großmonopole auslaufend die Garantien der Konkurrenz für die Gesamtheit einbüßt und abwirft, desto mehr mag dieser praktische Sozialismus an äußerer Verbreitung und innerer Durchbildung gewinnen. Meines Dafürhaltens ist eine noch stärkere Hinüberbildung der Volkswirtschaft der Zukunft aus der kapitalistischen Organisation in die Formen des Vereinswesens (Konsumvereine) und in die Formen des öffentlichen Rechtes (Körperschafts-, Gemeinde- und Staatsanstalten) eine Eventualität, der der Staatsmann mit der größten Ruhe entgegensehen kann, sofern nur bei dieser teilweisen und schrittweisen Umbildung die Erreichung höchster Wirtschaftlichkeit und die

ewig notwendige Trennung der Volkswirtschaft vom Staat, bezw. die Dezentralisation verstaatlichter Betriebe, von der Gesetzgebung und von der Verwaltung als maßgebende Gesichtspunkte behandelt werden.“ Es mag dahingestellt bleiben, ob gerade die Konsumvereine es verdienen, unter den wohlthätigen Lebensäußerungen eines praktischen Sozialismus an erster Stelle genannt zu werden. Soeben hat der schlesische Provinzialverbandstag der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes eine Resolution angenommen, die also lautet: „Die Versammlung erklärt die Konsumvereine und ähnliche Vereinigungen als die ärgsten Schädiger des gewerblichen Mittelstandes und spricht die Erwartung aus, daß die Staatsregierung Mittel und Wege ergreifen wird [Wege ergreifen! reizend!], den kleinen und mittlern Handels- und Gewerbestand in seiner Existenz zu schützen.“ Aber im ganzen hat Schäßle ja Recht. Hätten sich nun im ersten Stadium der sozialdemokratischen Bewegung unterrichtete und angesehene Männer als Vertreter dieser Auffassung in die Arbeiterversammlungen begeben, vielleicht wäre es ihnen gelungen, die Bewegung aus der phantastisch-revolutionären Richtung in die praktisch-aufbauende umzulenken. Sie hätten etwa sagen können: „Kinder, eure Idee ist ja gut, aber sie ist nicht die einzige gute Idee in der Welt und muß sich mit den übrigen guten Ideen vertragen. Will jemand die ganze Gesellschaft nach einer einzigen Idee einrichten, so kommt dabei allemal eine große Narrheit heraus. Euer sozialistischer Zukunftsstaat ist eine Utopie, und jeder ernstliche Versuch, sie zu verwirklichen, würde zu allererst euch selber unglücklich machen. Aber im einzelnen und kleinen läßt sich eure Idee recht wohl verwirklichen, probiren wirs also und machen wir gleich einen Anfang, sei es mit Gewerksvereinen oder mit Produktivgenossenschaften — ohne Staatshilfe. Auch angenommen, daß euer kommunistischer Zukunftsstaat möglich wäre, müßt ihr doch einsehen, daß er noch in sehr weiter Ferne liegt, und daß der Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache. Zweihundert Arbeiter, die sich zu gegenseitiger Unterstützung für alle gegenwärtigen und zukünftigen Notfälle vereinigen und ihre Mitglieder zu tüchtigen, gescheiten und wirtschaftlichen Männern erziehen, verwirklichen ein Stück Sozialismus, zwei Millionen Schreier aber, die den Kommunistenstaat der Zukunft fordern, verwirklichen gar nichts. Sene schaffen ein Stück Elend aus der Welt, diese vermehren das Elend.“

Solche Männer fanden sich nicht; zu einem fruchtreichen persönlichen Verkehr von Universitätslehrern, großen Unternehmern und Staatsmännern mit den Arbeitern, wie in England, kam es nicht. Jede Klasse blieb für sich. Die Sozialdemokraten fuhren fort zu schreien: „Schlagt die Kapitalisten tot, es lebe das Proletariat!“ Die Liberalen schrien: „Schlagt die Sozialisten, die Junker und die Pfaffen tot, es lebe die individuelle Freiheit und das Geschäft!“ Die Konservativen endlich: „Schlagt die Sozialisten samt den Liberalen tot, es lebe die Autorität, der König und die Kirche.“ Die Pro-

fessoren aber blieben ebenfalls unter sich und priesen einander gegenseitig die wirklich ganz vortrefflichen Mittel ihrer sozialen Apotheke an. Nun, keiner kann aus seiner Haut fahren, und daß Schäßle selber nicht zum Volkslehrer paßt, sieht ja jeder schon aus der obigen Stilprobe. Aber ein Unglück bleibt doch, wenn keiner den andern versteht im lieben deutschen Reiche und sich auch gar keiner erst Mühe giebt, zu verstehen oder verstanden zu werden.

Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes dann waren die Sozialdemokraten so vollständig durch die Sorge um Wiederherstellung ihrer zerstörten Organisation und durch den Kampf gegen das Ausnahmegesetz in Anspruch genommen, daß sie für eine schöpferische, aufbauende Thätigkeit weder Zeit noch Kraft übrig hatten. Auch würde ihnen eine solche nicht gestattet worden sein, da eine sozialdemokratische Gewerkvereinsgründung wahrscheinlich als ein Verstoß gegen das Gesetz behandelt worden wäre. Seit vorigem Jahre aber sind sie frei. Sie habe kluge Männer zu Führern, die im Laufe der Jahre zu der Einsicht gekommen sein könnten, daß es mit dem Kommunistenstaate nichts ist. Auf dem Kongreß zu Halle haben sie es sich und ihren Genossen offen eingestanden, daß sie erst ein Fünftel des deutschen Volkes ausmachen, und daß es demnach mit der Expropriation der Besitzenden und mit dem „Hineinwachsen“ in den Sozialistenstaat noch gute Wege hat. Vorher müßten doch mindestens noch drei weitere Fünftel unsers Volkes aus Besitzern zu Proletariern werden, die werden sich aber wohl noch ein Weilchen wehren. Man sollte also meinen, die Herren Bebel, Liebknecht, Auer und Genossen würden jetzt in den Versammlungen ungefähr die Worte sprechen, die wir oben einem nicht existirenden Professor in den Mund gelegt haben, und sie könnten noch hinzufügen: „schon damit uns die Wartezeit nicht zu lang wird, müssen wir doch einstweilen etwas nützlichcs thun,“ aber es geschieht nicht. Der einzige von Vollmar hat nahezu diesen Standpunkt eingenommen. Die übrigen bleiben „unentwegt“ auf ihrem hölzernen Phrasengaulc sitzen und kommen nicht einen Schritt vorwärts. Sei es, daß das anhaltende Beschauen ihres Ideals sie verzaubert hat, oder daß sie die Macht über die Massen zu verlieren und die Partei zu zerstören fürchten, wenn sie ihren Irrtum eingestehen, sie fahren fort, die alten Sätze ihres Meisters Marx herunterzuleiern, die nun schon jedes Kind auswendig kann, und sonst wissen sie nichts. Auf dem Brüsseler Kongreß hatte Liebknecht die schönste Gelegenheit, ein offnes Sündenbekenntnis abzulegen und seinen Parteigenossen die Wendung vom unfruchtbaren doktrinären zum praktischen Sozialismus vorzuschlagen. Dem verrückten Nieuwenhuis, der da forderte, daß die Arbeiter bei Ausbruch eines Krieges den Generalfreistreich proklamiren sollten, antwortete er, damit würden sie sich höchstens lächerlich machen. (Patriotische Bedenken hatte Herr Liebknecht natürlich nicht.) Nun, wenn die Sozialdemokratie die Macht wäre, die sie zu sein vorgiebt, und wenn die „Bourgeoisie“ wirklich die drohende Expro-

priation zu fürchten hätte, dann würde eine solche Kriegserklärung der Arbeiter gegen die kriegführenden Mächte ganz und gar nicht lächerlich, sondern der furchtbar ernste Anfang des Umsturzes sein. Liebknecht gesteht also die Ohnmacht seiner Partei ein und spricht ihr damit die Existenzberechtigung ab. Denn eine Partei, die den Staat absetzen will, ist nur dann daseinsberechtigt, wenn sie die Macht dazu schon besitzt oder diese Macht in nächster Zukunft zu erringen Aussicht hat. Haben die Arbeiter aber nicht die Macht, das Unterste zu oberst zu kehren und sich obendrauf zu setzen, so haben sie doch die Macht, durch Begründung gemeinnütziger Einrichtungen ihre Lage zu verbessern, und nur dadurch, daß sie von dieser Macht Gebrauch machten, etwa durch Verwandlung ihrer Fachvereine, die nichts als Streikvereine sind, in Gewerksvereine nach dem Muster der englischen, oder durch Gründung von Produktivgenossenschaften könnten sie den Fortbestand ihrer Partei rechtfertigen.

Der zur Zeit tobende Kampf der Jungen gegen die Alten geht denn auch aus der ganz richtigen Erkenntnis hervor, daß die Partei ihre bisherige Haltung auf die Dauer nicht zu behaupten vermag. „Unsre parlamentarischen Vertreter haben das sozialdemokratische Programm preisgegeben und wissen nichts neues an die Stelle zu setzen; sie haben sich in zahme Anhänger der bürgerlichen Demokratie verwandelt und unterscheiden sich von den Deutschfreisinnigen höchstens dadurch, daß sie noch etwas mehr nörgeln als diese.“ Das ist das Grundthema der Vorwürfe, die den unglückseligen sozialdemokratischen Parlamentariern tagtäglich in höchst unparlamentarischen Ausdrücken an den Kopf geworfen werden. „Die Forderungen unsers Programms — klagte der Tapezierer Wildberger in einer jener stürmischen Versammlungen, die jetzt in Berlin so häufig sind — stehen zwar auf dem Papiere, werden aber niemals ausgesprochen, z. B. daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand des Volkes liegen, das stehende Heer durch ein Volkshier ersetzt werden soll.“ Daß die Parlamentarier von den Anarchisten so vorsichtig abrücken, nimmt ihnen der Klavierarbeiter Beck sehr übel; was ist denn ein Anarchist weiter, sagt er, als ein zur Verzweiflung gebrachter Sozialdemokrat? Aber daß das wütende Umsichschlagen von Verzweifelten den Arbeitern nichts nützen kann, sieht die Mehrzahl doch ein. Die pathetische Drohung des Genossen Rodrian: „Zwischen jetzt und fünfzehn Jahren kommts zum Schlagen“ wurde von der Versammlung (es war in der Nacht zum 10. September) mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen, und die Antwort Auers: „Wenn Sie Revolution machen wollen, dann machen Sie sie auf Ihre Verantwortung“ mit stürmischem Beifall; auch wurde dem Genossen Auer nach stundenlangem furchtbarem Lärm und leidenschaftlichem Gezänk schließlich das Vertrauen der Versammlung votirt. Aber damit ist noch immer nicht gesagt, was die Herren in Zukunft eigentlich wollen oder sollen; wie die Arbeiter dazu kommen, mit ihren abgedarbtten Groschen in alle Ewigkeit eine Fraktion zu bezahlen, die

ihnen keinen greifbaren Vorteil verschafft, will ihnen schon jetzt nicht einleuchten und wird ihnen von Tag zu Tage unklarer werden; über die hohen Kosten der Fraktion, über die drei- bis fünftausend Mark, die einem dem Konkurse nahen Abgeordneten zur Bezahlung seiner Schulden bewilligt worden seien, wurde in der Versammlung bitter geklagt.

Bei dieser Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie und Ratlosigkeit der Führer würden christliche Sozialisten nach Art der englischen einen wohl vorbereiteten Boden finden. Freilich müßten es Männer sein, denen eben vor allem das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, nicht solche, die das Wohl der Arbeiter nur zu dem Zwecke fördern, um sie entweder in den Schafstall der Kirche oder in das Garn der bürgerlichen Wahlmacher zu locken. Es müßten also Männer von dem Schlage Paul Göhres sein. Wo die Arbeiter uneigennütige Liebe sehen, die sich in jahrelangem geduldigem Wirken bewährt, da lernen sie schließlich auch die christliche Gesinnung hochschätzen, aus der diese opferwillige Liebe fließt. Bei Unternehmungen dagegen, denen die Absicht breit an die Stirn geschrieben steht, ist Verstimmung die einzige Wirkung, die man erwarten darf. Frühere Versuche sind an dieser Klippe gescheitert, und ob die im Laufe der letzten Jahre gegründeten „königstreuen,“ „reichstreuen,“ „evangelischen“ und „katholischen“ Arbeitervereine bessere Erfolge erzielen werden, bleibt abzuwarten.

Man wende nicht ein: wir haben ja die Sozialpolitik des Staates, zu was brauchen wir da noch eine christlich-soziale Organisation der Arbeiter? Abgesehen davon, daß die bessernde und versöhnende Kraft dieser von rechts und links hart angefochtenen Gesetzgebung noch lange nicht über jeden Zweifel erhaben ist, wird von ihr die hauptsächlichste Forderung und das dringendste Bedürfnis des Arbeiterstandes: die Sicherung der Existenz des gesunden und arbeitsfähigen Mannes, überhaupt gar nicht berührt. Und was die Hauptsache ist: so lange die Welt besteht, ist noch niemals einem Menschen in leiblicher oder geistiger Beziehung geholfen worden, der sich nicht selbst helfen wollte oder konnte. Was aber von der einzelnen Person gilt, das gilt auch von Klassen und Ständen. Es giebt mit Ausnahme des Beamtenstandes, für den der Staat sorgt, keinen Stand, der der geordneten körperschaftlichen oder genossenschaftlichen Selbsthilfe entbehren könnte. Und je zahlreicher und dabei wirtschaftlich schwächer ein Stand ist, desto weniger kann er ihrer entbehren. Den Arbeiterstand in die Wege solcher Selbsthilfe, die ihm von seinen eignen Führern versperrt werden, hineinzuleiten, wäre eben die Aufgabe solcher hilfreichen Freunde aus den höhern Ständen, wie wir sie meinen; sie müßten ihnen das leisten, was Schulze-Dehligsch einem Teile des Gewerbestandes geleistet hat. Die sozialdemokratischen Führer stellen sich solchen Leistungen geradezu feindlich in den Weg; sie raten von dem Versuche, Produktivgenossenschaften zu gründen, entschieden ab, denn sie wollen ja nicht Besserung, sondern

Verschlechterung der Lage des Arbeiterstandes und völligen Ruin des Mittelstandes, weil nur von einer zu mindestens drei Vierteln aus Proletariern bestehenden Gesellschaft der erste Schritt zur Verwirklichung des kommunistischen Ideals, zur „Expropriation der Expropriateure“ allenfalls erwartet werden könnte. Die Arbeiter sehen aber jetzt schon die Unvernunft der Zumutung ein, sich für eine Zukunft aufopfern zu sollen, die in nebelhafter Ferne liegt und vielleicht niemals eintritt, und sie haben bereits gegen den Willen des Parteivorstandes an verschiedenen Orten mit Gründung von Produktivgenossenschaften den Anfang gemacht.

Von den „bürgerlichen“ Parteien hätte eine auf christlicher Grundlage beruhende Arbeitergenossenschaftsbewegung weder Liebe noch Förderung zu erwarten, schon darum nicht, weil diese Parteien zunächst an „gute“ Wahlen zu denken pflegen, die Arbeiter in ihrer neuen Organisation aber schwerlich auf eigne parlamentarische Vertretung verzichten würden. Diese Vertretung würde zwar einen andern Ton anschlagen wie die jetzige sozialdemokratische, aber doch in allen Fällen, wo Klasseninteressen ins Spiel kommen, zu den „bürgerlichen“ Parteien in Opposition treten. Derartige Bestrebungen hätten demnach so wenig auf die Gunst einflussreicher Kreise zu rechnen, wie etwa die in Nummer 34 der Grenzboten mit Recht der Beachtung empfohlene deutsch-soziale Bewegung. Das würde indes der guten Sache nichts schaden. Übrigens verrechnen sich die beiden „Ordnungsparteien,“ die sich vorzugsweise als solche fühlen, wenn sie glauben, daß ihnen bei dem bevorstehenden Bankrott der sozialdemokratischen Partei die Arbeiterstimmen zufallen würden. Für die konservative Partei, die seit einiger Zeit fast nur noch als Agrarierpartei in Betracht kommt, kann sich der Arbeiter in einer Zeit hoher Lebensmittelpreise und knappen Verdienstes so wenig begeistern, wie für die nationalliberale, in der jetzt die ziemlich unpopulären rheinischen Großindustriellen eine so hervorragende Rolle spielen. Die Arbeiter würden also, wenn die sozialdemokratische Fraktion in die Brüche ginge, mit den Deutschfreisinnigen, oder mit den süddeutschen Demokraten, oder mit den Antisemiten, oder mit dem ersten besten Parteiführer gehen, der unter irgend einem Namen Opposition zu machen verspräche. Es giebt ja Arbeiter, für die durch wohlwollende Unternehmer, unter denen Krupp vor allen glänzt, so ausreichend gesorgt ist, daß ihnen die ganze Politik gleichgültig sein kann, und daß sie mit Vergnügen für jeden stimmen, den ihnen ihr Brotherr bezeichnet, ohne darnach zu fragen, auf welcher Seite des Hauses er sich niederzulassen gedenkt; allein diese Glücklichen machen doch nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Lohnarbeiterschaft aus. Die „Staats-erhaltenden“ haben also in keinem Falle auf Zuwachs aus Arbeiterkreisen zu rechnen, und schließlich bleibt doch die Zufriedenheit der Staatsbürger, die durch eine verständige Arbeiterorganisation gefördert werden würde, die festeste Grundlage des Staates, während eine große Partei der Unzufriednen, die

ohne klar erkanntes Ziel wühlen, agitiren, sich zanken und durch einander schreien, wenn auch noch keine Gefahr für den Staat, so doch sicher kein Zeichen von Gesundheit unsers Gemeinwesens ist. Möchten sich für die Lösung der großen, schönen und schwierigen Aufgabe, die im Vorstehenden angedeutet ist, die rechten Männer finden!



Zur sozialen Frage

3



Es wurde schon darauf hingewiesen, daß sich die Löhne nicht beliebig erhöhen lassen, wie es die Arbeiter durch Arbeitseinstellungen häufig versuchen, denn die Nachfrage nach dem Erzeugnis entscheidet in jedem Falle über die Möglichkeit des Gelingens, und es fragt sich immer, ob das Kapital und der Unternehmer nach Erhöhung der Löhne noch ihre Rechnung finden werden. Dagegen kann die Beteiligung am Gewinn keine wirtschaftlichen Störungen herbeiführen, weil ja das Vorhandensein eines Gewinns den Beweis liefert, daß das Unternehmen Gedeihen hat. Daß für das Kapital der Unternehmern Gewinn vermindert wird, betrachten wir nicht als einen Übelstand; es liegt hierin das Opfer, das das Kapital der Arbeit zu bringen hat, um der Arbeit gerecht zu werden. Es wird sich aber bei allgemeinerer Anwendung der Gewinnbeteiligung bald zeigen — und hierauf ist das größte Gewicht zu legen —, daß von einem Opfer überhaupt keine Rede sein wird, daß vielmehr auch das Kapital, indem es scheinbar auf größern Nutzen verzichtet, in eine bessere Lage kommt, denn der größere unproduktive Verbrauch, der durch Zuwendung vieler Millionen an die Arbeiter verursacht wird, muß eine bedeutende Steigerung der Nachfrage aller Verbrauchsgegenstände hervorrufen, sodaß kaum allen Anforderungen wird genügt werden können. Wenn diese Überzeugung erst in die Kreise der Kapitalisten eindringt, wird die Gewinnbeteiligung rasch Eingang finden. Niemand wird bestreiten können, daß zur Zeit ein großer Teil des Unternehmerngewinns zu neuen Unternehmungen häufig überflüssigerweise oder zum Schaden schwächerer Konkurrenten verwandt wird, während das den Arbeitern zufließende zur Verbesserung ihrer Lebensform, mithin zu unproduktivem Verbrauch ausgegeben wird.

Wir sehen in der Gewinnbeteiligung einen Ausgleich zwischen den Bestrebungen der Sozialdemokratie und der jetzt bestehenden Gesellschaftsform. Die Sozialdemokratie will, wie Bebel neuerdings auf dem Kongreß in Brüssel ausgesprochen hat, die jetzige bürgerliche Gesellschaft vernichten, d. h. das